

Die Metropolregion Nordwest trägt mit ihrer wirtschaftsgeographischen Lagegunst, ihren Seehäfen, ihren starken Clustern, ihrer exzellenten Hochschul- und Wissenschaftslandschaft sowie großer Innovationskraft maßgeblich zur Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands bei. Hier befinden sich bedeutende Drehkreuze für den Export und Import sowie zentrale Basisstrukturen für die Energiewende und die nationale Verteidigungsfähigkeit. Aufgrund dieser herausragenden Bedeutung bildet die Metropolregion Nordwest das Rückgrat für wirtschaftliches Wachstum und die Sicherheit des gesamten Landes.

Es ist daher unerlässlich, gezielte Zukunftsinvestitionen in die infrastrukturelle Weiterentwicklung dieser Region zu tätigen, weshalb die Metropolregion Nordwest alle drei Säulen des Sondervermögens adressiert.

Verkehrsinfrastruktur

Im Koalitionsvertrag wird die Bedeutung Deutschlands als **zentrale Drehscheibe der NATO** sowie der maritimen Sicherheit in Nord- und Ostsee betont.

Jedoch sind Investitionen in die Verbesserung und den Ausbau von Logistikhubs, Transportwegen und Hafenanlagen erforderlich, da **eine robuste und effiziente Infrastruktur nicht nur zivilen Zwecken dient und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit stärkt**, sondern vielmehr unerlässlich ist, um schnelle und zuverlässige Truppenbewegungen sowie die Versorgung mit militärischem Material sicherzustellen.

Wir begrüßen deshalb ausdrücklich die Absichten der Bundesregierung, die Anbindung und Konnektivität Deutschlands zu sichern – unter anderem, indem der Autobahn GmbH Einnahmekompetenz eingeräumt wird – sowie die Bereitstellung von Finanzmitteln zur Beseitigung des Sanierungsstaus, insbesondere bei Brücken und Tunneln. Zudem unterstützen wir die Pläne zur Sanierung der Hochleistungskorridore und zur Steigerung der Investitionen in das deutsche Schienennetz.

Beim Straßennetz fallen die Autobahnen und Bundesstraßen unmittelbar in die Verantwortung des Bundes. Ähnlich verhält es sich beim Schienennetz und den Wasserstraßen. Es ist wichtig, dass angemessen und priorisiert in die Verkehrsinfrastruktur des Bundes investiert wird, um sie entweder zu erhalten oder an gewachsene Anforderungen anzupassen.

Das Konzept der **Generalsanierung der DB InfraGo** muss so umgesetzt werden, dass leistungssteigernde und qualitätssteigernde Maßnahmen in die Sanierung integriert werden. Die Beeinträchtigung der vorhandenen Verkehre durch diese Sanierungsmaßnahmen sind zu minimieren.

Auf dem Schienennetz unserer Region sind darüber hinaus **gravierende Kapazitätsengpässe** vorhanden. Deshalb muss gehandelt werden und die Engpässe an den zentralen Bahnknoten sowie an den Eisenbahnbrücken in der Metropolregion Nordwest müssen zügig beseitigt werden:

Die **Seehäfen** in der Metropolregion sind wichtig für den Import und Export von Waren sowie für die Energiewirtschaft. Vor allem in Hinblick auf die geplante Diversifizierung der Rohstoffimporte (Zeilen 302-304 des Koalitionsvertrages) und der Bevorratung mit wichtigen Rohstoffen (Zeilen

Kontakt

Nicola Illing
Tel. 04221 99 1908
E-Mail: nicola.illing@metropolregion-nordwest.de
www.metropolregion-nordwest.de

311-312 des Koalitionsvertrages) sowie angesichts der neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen sind Investitionen in die Seehafeninfrastruktur in der Metropolregion Nordwest und in deren Hinterlandverbindungen essenziell.

Aber auch die **Binnenhäfen** sind elementarer Bestandteil des deutschen Güterverkehrs. Den **Wasserstraßen** (zum Beispiel der Mittellandkanal) kommt dabei ebenso strategische Bedeutung zu.

In diesem Zusammenhang begrüßt die Metropolregion Nordwest ausdrücklich den Willen der Bundesregierung, die Nationale Hafenstrategie umzusetzen und mit entsprechenden finanziellen Mitteln zu hinterlegen. Die erforderlichen **Investitionen in die Häfen der Metropolregion Nordwest** sind von nationalem Interesse und somit nicht allein von den Ländern Bremen und Niedersachsen und der Seehafenwirtschaft zu tragen.

Energieinfrastruktur

Die Metropolregion Nordwest ist dafür prädestiniert, die führende Energiewenderegion in Deutschland zu werden. Sie verfügt über alle entsprechenden Voraussetzungen: von den infrastrukturellen Gegebenheiten über die Forschungseinrichtungen, Netzwerke und innovativen Unternehmen, bis hin zu vielversprechenden Erprobungsprojekten. Sie hat ein Energiesystem, das hervorragende Perspektiven für eine Transformation aufweist und konnte sich aufgrund ihrer exponierten räumlichen Lage bereits früh als Vorreiterin der Energiewende positionieren.

Insgesamt nimmt die Metropolregion Nordwest eine **Schlüsselrolle bei der überregionalen, beziehungsweise nationalen Versorgung mit Energie** ein. Die Unterstützung der Region und ihrer Akteurinnen und Akteure bei den Transformationsprozessen des Energiesystems ist entsprechend von nationaler Bedeutung und kann einen wichtigen Beitrag zu den europäischen und nationalen Klimaschutzzielen leisten.

Schon jetzt bietet die Metropolregion Nordwest aufgrund ihrer wirtschaftsgeographischen Lage einmalige Voraussetzungen zur **Ansiedlung energieintensiver Unternehmen, wie bspw. einer KI-Gigafactory**. Durch die verlässliche Verfügbarkeit großer Mengen an erneuerbaren Energien fielen vor dem Hintergrund der enormen Energiebedarfe von Höchstleistungs-Computern weder die steigenden Strompreise noch die kommenden Preissteigerungen der CO₂-Zertifikate ins Gewicht und die Klimabilanz des Rechenzentrums vergleichsweise positiv (grüne KI made in Germany). Darüber hinaus schaffen erstklassige Universitäten und Forschungsinstitute, kurze Wege zu internationalen Häfen, eine stark vernetzte Industrie- und Logistiklandschaft sowie eine lebendige Gründer- und Tech-Szene ideale Rahmenbedingungen für Großforschungs- und Produktionsstandorte in Künstlicher Intelligenz und maschinellem Lernen.

Um diese industrierelevanten Standortvorteile weiter ausbauen zu können, adressiert die Metropolregion Nordwest für folgende Punkte Handlungsbedarf:

- Planungs- und Investitionssicherheit für die Wasserstoffherzeugung durch stabile Rahmenbedingungen schaffen (Hintergrund: Windenergie-auf-See-Gesetz dahingehend anpassen, dass kombinierte Anschlusssysteme aus Stromkabeln und Wasserstoffpipelines für

Kontakt

Nicola Illing
Tel. 04221 99 1908
E-Mail: nicola.illing@metropolregion-nordwest.de
www.metropolregion-nordwest.de

Offshore-Elektrolyseprojekte nach dem Vorbild europäischer Nachbarländer zugelassen werden).

- Der Bund muss den Ausbau erneuerbarer Energien weiterhin konsequent und langfristig fördern. Den betroffenen Landkreisen muss ein moderater und fairer Ausgleich gezahlt werden, der dann in die Daseinsvorsorge der ländlichen Räume fließt. Grundsätzlich bedarf es einer Neukonzeption des Strommarktdesigns, um perspektivisch stärkere wirtschaftliche Anreize für einen **netzdienlichen regionalen Ausbau** der erneuerbaren Energien und der Stromnetze zu setzen. In diesem Zusammenhang ist auch die Finanzierung der Netzentgelte neu zu regeln, um eine Senkung der Netzentgelte zu erreichen.
- Die Metropolregion Nordwest muss als zentrales Wasserstoff-Drehkreuz in Deutschland etabliert werden – mit den Häfen als norddeutsche Import- und Logistikknoten sowie Bremen und Georgsmarienhütte als industriellen Ankern im Norden und Süden.
- Die Infrastrukturmaßnahmen zur Anbindung an das Wasserstoffkernnetz sind regional abgestimmt zu planen, um Investitions- und Planungssicherheit für Industrie, Energieversorger und öffentliche Hand zu gewährleisten. Künftig muss der Bund den Um- und Neubau sowie die Regulatorik der Verteilnetze stärker in den Blick nehmen, damit eine Weiterleitung des Wasserstoffs in die Fläche möglich wird.

Vor diesem Hintergrund begrüßt die Metropolregion Nordwest das Förderprogramm zur **Dekarbonisierung der Industrie**, das Vorantreiben der Modernisierung sowie des kosteneffizienten und mit den regenerativen Energien synchronisierten **Ausbaus der Netze**, die geplante Verabschiedung eines verbesserten **Geothermie-Beschleunigungsgesetzes** und die Prüfung zur Übertragung der Ansätze aus den **Beschleunigungsgebieten auf Infrastrukturprojekte** der Energiewende ausdrücklich.

Die Rolle als Vorreiterregion der Energiewende birgt jedoch auch zwei wesentliche **Risiken für die Metropolregion Nordwest**:

- Zum einen ist sie mit umfangreichen Baumaßnahmen verbunden, die das Landschaftsbild, die Flächenentwicklung (Wohnraum, Gewerbe et cetera) und vieles weitere begrenzen. Dafür gibt es **keinen monetären Ausgleich** und keine Möglichkeit regionale Wertschöpfung zu generieren. Langfristig droht dieser Umstand die dringend benötigte **Akzeptanz** in der Kommunalpolitik und Bevölkerung zu gefährden. In diesem Zusammenhang sprechen wir uns gegen das Festhalten an einer einheitlichen Stromgebotszone aus.
- Zum anderen sind wir eine **Transitregion für national bedeutsame KRITIS** (Kritische Infrastrukturen). Die Hauptgefahren für die kritischen Energieinfrastrukturen gehen von außen aus (Sabotage, Drohnen, Blitzschlag, Kampfmittel) und nicht von den Trassen selbst, wie die ersten Ergebnisse des regionalen Projektes „Risiko- und Sicherheitskonzept für KRITIS im Bereich erneuerbarer Energien in Transitzkommunen der Metropolregion Nordwest“ zeigen. Der daraus resultierende **Bedarf an Sicherungsmaßnahmen** kann von den Kommunen im Nordwesten nicht alleine getragen werden und bedarf der Unterstützung im Rahmen des Infrastrukturpakets des Bundes.

Es ist an der Zeit, die Infrastruktur unserer Metropolregion Nordwest robust und zukunftsfähig zu gestalten und an die heutigen Anforderungen anzupassen. Nur so kann der Nordwesten zu einem noch stärkeren Rückgrat der deutschen Wirtschaft und der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur werden.

In diesem Zusammenhang begrüßt die Metropolregion Nordwest die Absicht der Bundesregierung, die Rolle der Kommunen in der Umsetzung staatlicher Aufgaben anzuerkennen und sich für eine faire Aufgaben- und Finanzierungsverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen einzusetzen. Um die Rolle bei den vielfältigen Transformationsprozessen souverän ausfüllen zu können, sollte es **keine inhaltlichen Einschränkungen bei der Nutzung der Mittel für kommunale Investitionen** vor Ort geben. Statt aufwändiger Förderprogramme plädieren wir für **zweckgebundene Zuweisungen**, um Mittel schnell und unbürokratisch bereitzustellen.

Eine ausschließliche **Adressierung strukturschwacher Regionen bei der zukünftigen Struktur- und Regionalpolitik** sehen wir kritisch. Die Transformationsprozesse erstrecken sich insgesamt (perspektivisch) über wirtschaftlich starke und schwache Gebiete, ebenso wie auf urbane, suburbane und ländliche Teilräume. Genauso müssen Transformationsräume künftig gedacht und unterstützt werden. Eine ausschließliche Konzentration auf die wirtschaftlich schwächsten Regionen birgt zudem die Gefahr, ländliche Räume gegeneinander und darüber hinaus ländliche gegen urbane Räume in Wettbewerb zu bringen und damit für die Bewältigung der Transformationsprozesse nötige Kooperationen auszuhebeln.

Trotz ihrer wirtschaftsgeographischen Lagegunst, ihren starken Clustern, ihrer exzellenten Hochschul- und Wissenschaftslandschaft sowie der großen Innovationskraft kann die Metropolregion Nordwest ihr Potenzial aufgrund **langwieriger Planungs- und Genehmigungsverfahren** aktuell nicht voll ausschöpfen. Hier erwarten wir vom Bund, nachhaltige und wirksame Initiativen, damit Investitionsvorhaben deutlich beschleunigt umgesetzt werden können. Gesetzgebungsverfahren zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren müssen weiter umgesetzt werden und das Vergaberecht erleichtert werden.

Die Akteurinnen und Akteure der Metropolregion Nordwest stehen bereit, den Wandel aktiv zu gestalten und unterstützen deshalb jede Anstrengung und Aktivitäten zur Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung.

Für den Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten e. V.



Eduard Dubbers-Albrecht

Vorstandsvorsitzender



Landrätin Anna Kebschull

2. Vorsitzende